

Ergebnisprotokoll 8. Projektteamsitzung - Auswertung Bürgerhaushalt 2010

Datum: 11. Februar 2010
Ort: Stadthaus, Raum 3.041
Zeit: 17:00 – 19:00
Teilnehmer: siehe Anlage

TOP 1 Begrüßung

Frau Strotzer begrüßt alle Anwesenden und lädt dazu ein, in der heutigen Sitzung den Bürgerhaushalt (BüHH) 2010 zusammen mit den Vertretern des Projekt- und Redaktionsteams auszuwerten. Sie verweist auf den begrenzten zeitlichen Rahmen der für die heutige Sitzung, aufgrund der Überschneidung mit dem Kulturausschuss, zur Verfügung steht.

TOP 2 Statistische Auswertung des Bürgerhaushalts 2010

Herr Daenzer referiert zu Beginn der Auswertungssitzung über die statistische Auswertung des BüHH 2010 (siehe Arbeitsmaterial). Zudem gibt er Auskunft über die Gesamtkosten des Projekts, die sich derzeit auf 65.000 € belaufen. Er verweist auf die Kostenersparnis im Vergleich zu den geplanten Kosten. Frau Mayer erkundigt sich, ob hinsichtlich des Budgets Erfahrungen aus anderen Städten zugänglich sind. Ihr erscheinen die in der Planung angesetzten 70.000 € recht viel. Herr Daenzer verweist in diesem Zusammenhang auf den bundesdeutschen Durchschnitt der Städte, die Bürgerhaushaltsverfahren durchführen. Dieser liegt bei etwa 0,50 € pro Bürger. Potsdam liegt mit 0,43 € pro Bürger unter diesem Wert. Frau Strotzer ergänzt diesbezüglich, dass die Öffentlichkeitsarbeit einen großen Teil der Kosten in Anspruch genommen hat, jedoch gleichzeitig auch äußerst wirksam war.

TOP 3 Auswertung des Bürgerhaushalts 2010

Frau Strotzer führt die Anwesenden in die sich anschließende Arbeitsphase ein. Jedem Sitzungsteilnehmer liegen farbige Karten zu verschiedenen Themenkreise vor. Alle Anwesenden sind dazu angehalten, ihre Bewertung und Verbesserungsvorschläge zu den im Vorfeld angesprochenen Themenkreise (Öffentlichkeitsarbeit, Arbeit im Projekt- und Redaktionsteam, Bürgerversammlungen, Verfahren, Konzept, Sonstiges) auf den Karten zu notieren und diese nach der Sitzung abzugeben (tabellarische Auswertung siehe Anhang). Herr Naber verweist auf die der Projektleitung am 11.2. zugesandte Handlungsempfehlung für das Potsdamer Bürgerhaushaltsverfahren der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Dieses wird allen Anwesenden zur Verfügung gestellt (siehe Anhang). 17:30 Uhr wird die Arbeitsphase beendet und die Diskussion über die Themenkreise durch Frau Strotzer eröffnet.

TOP 3.1 Öffentlichkeitsarbeit

In der Plenumsdiskussion wird betont, dass die bisherige Öffentlichkeitsarbeit gut organisiert ist. Es wird positiv hervorgehoben, dass die Pressemitteilungen jeweils vor bevorstehenden Meilensteinen herausgegeben werden und BüHH-Flyer bei vielen Stadt(teil)festen auslagen. Zudem wird die Aktualität des Internets gelobt.

Es wird jedoch auch auf Verbesserungspotentiale verwiesen. Frau Mayer macht darauf aufmerksam, dass gerade auch in Universitätsbibliotheken (z.B. am Standort Griebnitzsee) mehr Werbemittel ausgelegt werden sollten.

Es wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass der BüHH in Potsdam Gefahr läuft, ein Imageproblem zu entwickeln. Dies resultiere aus der Sicht Frau Richters und Frau Mayers daraus,

dass das Wort „Bürgerhaushalt“ in den Medien suggeriere, dass ein freiverfügbares Budget zur Verfügung stehe. Die (späte) Erkenntnis, dass kein Budget zur Realisierung von Bürgeranschlägen vorhanden ist, führe zu einer zunehmenden Resignation der Bürgerschaft gegenüber dem Projekt. Dies sollte durch gezielte und geschickte Kommunikation dieses Umstandes sowie durch bessere Erklärungen in den Medien vermieden werden. Aus Sicht der Einwohnerinnen und Einwohner vermittelt die Bezeichnung „Bürgerhaushalt“ nicht nur den Eindruck eines zur Verfügung stehenden Budgets, sondern werde in der Bevölkerung oft fehlinterpretiert und mit dem städtischen Gesamthaushalt gleichgesetzt. Herr Heinzl appelliert im Bezug auf die bessere Information der Bürgerinnen und Bürger auch an die Mündigkeit dieser sowie an deren Interesse, sich über den BüHH zu informieren.

Herr Kroop verweist darauf, dass die Größe der Plakate an Litfaßsäulen, welche zur Weihnachtszeit in Potsdam aushingen, aus Kostengründen aber auch im Bezug auf die mit der Größe vermittelte Emotionalität überdacht werden sollten.

Frau Mayer regt an, für den BüHH 2011 ein eigenes Corporate Design anzustreben, um sich stärker von der Stadtverwaltung abzugrenzen.

Herr Daenzer verweist darauf, dass die angesprochenen Themen zukünftig aufgenommen werden sollten, weiterhin seien weitere Bereiche zu berücksichtigen. Neben der Broschüregestaltung und der Überlegung Zeitungsbeilagen einzusetzen, solle der Fokus auf die Internetpräsenz sowie auf die Erhöhung der Onlinebeteiligung gelegt werden. Der Einsatz neuer Medien wie Facebook und Twitter sei ebenfalls in Betracht zu ziehen. Zudem sei es von großer Bedeutung, weitere Partner für die Öffentlichkeitsarbeit zu gewinnen. Einerseits sollte auf bewährte Medien wie das Stadtmagazin EVENTS gesetzt und andererseits neue Pressepartner wie PotsdamTV stärker in ein überarbeitetes Konzept der Öffentlichkeitsarbeit einbezogen werden. Wichtig sei es, auch zukünftig zeitnah Inhalte zu generieren, die einen wesentlichen Inhalt (und damit Grund) für die Berichterstattung der lokalen Pressevertreter gewährleisten.

Empfehlungen:

- Es ist zu überlegen, ob die Gestaltung u.a. der Informationsmaterialien unabhängig vom Corporate Design der LHP etabliert werden könnte.
- Der Bürgerhaushalt sollte noch besser erklärt werden, um eine angemessene Erwartungshaltung bei den Bürgern aufzubauen und Frustration zu vermeiden.
- Der Einsatz von Plakaten an Litfaßsäulen sollte überdacht werden.
- Der Einsatz neuer Medien wie z.B. Facebook oder Twitter ist in Betracht zu ziehen.

TOP 3.2 Arbeit im Projekt- und Redaktionsteam

Die Vorbereitungen der Projektteamsitzungen seien stets sehr gut und konstruktiv. Herr Daenzer sagt den Anwesenden zu, dass die Arbeitsmaterialien, wie von Herr Kaminski gewünscht, auch im Vorfeld zur Verfügung gestellt werden können, um eine bessere Vorbereitung zu ermöglichen. Es wird geäußert, dass eine verbindliche Vertretungsregelung für die Fraktionsvertreter im Projektteam gefunden und durchgesetzt werden müsse.

Herr Daenzer stellt fest, dass die Reaktionen der Redaktionsteam- und Projektteammitglieder hinsichtlich ihres Interesses an einer weiteren Mitarbeit unterschiedlich ausgefallen seien. Er richtet an die Anwesenden die Frage nach möglichen Gründen. Frau Dr. Richter, Mitglied des Projektteams, habe zunächst selbst Abstand von einer weiteren Mitarbeit genommen. Grund sei, dass sie das derzeitige Verfahren als entmutigend für die Bürgerinnen und Bürger empfinde. Es gehe eine Vielzahl an interessanten Vorschlägen ein, die dann wiederum stark reduziert werde. Jedes Jahr werden zunehmend mehr Vorschläge eingebracht. Zu schnell beginne dann der neue Bürgerhaushalt. Frau Dr. Richter finde es besser ein Jahr auszusetzen, um den Bürgerhaushalt vor Abnutzungserscheinungen zu bewahren und durch die Stadtverordneten angenommenen Projekte tatsächlich umzusetzen.

Herr Heinzel führt dazu aus, dass man den Bürgerinnen und Bürgern suggeriere, sie könnten über einen Haushalt mitbestimmen. Jedoch steht dieser unter Kommunalaufsicht. Das Projekt beanspruche viele Ressourcen, obwohl dessen Wirkung systemimmanent gering sei.

Herr Keßler sieht im Bürgerhaushalt die Chance, dass die Bürgerschaft für das Haushaltsthema sensibilisiert werde. Er sieht die Notwendigkeit, dass die Rechenschaft zeitnah erfolge. Darin wird er von Herrn Naber unterstützt. Herr Daenzer erkundigt sich bei Herrn Naber, ob der ihm vorliegende Rechenschaftsbericht für den BüHH 2009 ausreichend sei. Dies bejaht er. Herr Kaminski ergänzt, dass eine ausgiebige Rechenschaftslegung bei der Auftaktveranstaltung erfolgen müsse. Herr Naber verweist auf die Arbeitsergebnisse seiner Fraktion und fordert die Rechenschaftslegung zur Umsetzung der angenommenen Bürgervorschläge losgelöst vom Jahresabschluss zu betrachten. Diese sollte bereits vor dem Jahresabschluss möglich sein.

Empfehlungen:

- Die konstruktive Vorbereitung der Arbeit in den Projektgremien sollte beibehalten werden. Um eine noch bessere Vorbereitung der Gremienmitglieder zu gewährleisten, sollten die Arbeitsmaterialien mindestens einen Tag im Vorfeld zur Verfügung gestellt werden.
- Es gilt eine verbindliche Vertretungsregelung für die FraktionsvertreterInnen im Projektteam zu etablieren.
- Die Rechenschaftslegung sollte zeitnahe und ausgiebig erfolgen.

TOP 3.3 Bürgerversammlungen

Herr Dr. Böttger plädiert dafür, die Bürgerversammlungen auszudehnen z.B. nach Potsdam West, um auch dort mit den Leuten ins Gespräch zu kommen. Herr Kaminski spricht sich dafür aus, an den Bürgerversammlungen - so wie sie im Konzept vorgesehen seien - in den nächsten zwei Jahren festzuhalten. Zudem sei eine intensivere Bewerbung der Bürgerversammlungen in den zusammengefassten Sozialräumen anzustreben. Dafür biete es sich u.a. an, die Fraktionsvertreter aus dem Projektteam einzubinden. Frau Dr. Richter knüpft daran an, und spricht sich für eine größere Unterstützung des Bürgerhaushalts durch die Parteien aus.

Herr Heinzel führt an, dass zukünftig wieder auf Bürgerhäuser gesetzt werden sollte. Dies fördere den Zusammenhang zu städtischen Einrichtungen. Weiterhin erreiche man so die Bürgerschaft direkt - in ihrem Kiez. Ein Problem der relativ geringen Beteiligung am Bahnhof könnte die Lage sein, die keine klassische Wohngegend sei. Herr Daenzer verweist darauf, dass auch im Rahmen des Besuchs von Bürgerfesten während der Vorschlagssammlung ein direkter Kontakt zur Bürgerschaft geschaffen werden konnte. Ablesbar sei dies weiterhin an der Anzahl aller beim Info-Stand eingereichten Vorschläge.

Frau Strotzer weist daraufhin, dass die Auswahl der Veranstaltungsorte für die Bürgerversammlungen variieren, um möglichst viel Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Die Bürgernähe sollte weiterhin durch die Präsenz auf Stadtteilstellen bzw. die Auslage von Flyern gewährleistet werden.

Empfehlungen:

- Bürgerversammlungen sollten weiterhin durchgeführt, jedoch stärker beworben werden. Ein Bezug zu Bürgerhäusern und Einrichtungen in den entsprechenden Stadtteilen sollte hergestellt werden.

TOP 3.4 Verfahren

Frau Strotzer ist daran gelegen, dass die Priorisierung der Vielzahl von Vorschlägen im Rahmen der Bürgerversammlungen besprochen wird. Herr Kaminski schlägt vor, bereits den Einladungen für die Bürgerversammlungen eine Übersicht aller Vorschläge beizufügen, oder zumindest die Zugänglichkeit im Internet zeitnah zu gewährleisten. Frau Marr spricht sich für die Gewährleistung einer besseren Übersichtlichkeit bei der Priorisierung während der Bürgerversammlungen aus.

Herr Dr. Böttger wirft die Frage auf, welche Funktion der BüHH habe. Sei er ein Mitbestimmungsinstrument beim Haushaltsplan oder ein Kummerkasten? Darüber hinaus stellt er die Frage, ob sich der BüHH lohne, wenn letztendlich doch nur 20 Vorschläge Eingang in die „Liste der Bürgerinnen und Bürger“ finden und die Abstimmung in der SVV von zahlreichen Umständen abhängen. Er regt an, dass der Umgang mit den Vorschlägen, die nicht weiterkommen in einem anderen Rahmen besprochen werden müssen. Hierbei sollte der Fokus auch auf der Beantwortung aller Vorschläge durch die Verwaltung liegen.

Frau Strotzer betont, dass die Lehre aus dem BüHH 2010 sei, dass es nicht mehr möglich sein werde, zukünftig alle Vorschläge zu beantworten. Herr Dr. Böttger sieht diese Äußerung im Widerspruch zu dem Wort des Oberbürgermeisters, Jann Jakobs, dass jede Bürgerin und jeder Bürger eine Antwort auf seinen eingebrachten Vorschlag bekomme. Er erkundigt sich, ob dies noch Bestand habe. Es wird darauf hingewiesen, dass auch die Möglichkeit bestehe, Zusagen an die sich verändernden Rahmenbedingungen anzupassen. Herr Kaminski verweist diesbezüglich darauf, dass niemandem mit einer „Zweitverwaltung“ gedient sei. Diese sei erforderlich, um die zunehmende Menge an Vorschlägen zu beantworten. Frau Steinbach fügt hinzu, dass aus ihrer Sicht der Bürgerschaft eher mit der Realisierung des eigenen Vorschlags mehr gedient sei, als mit einer schlechten Antwort. Herr Claes betont, dass im Projektteam noch einmal darüber gesprochen werden sollte, ob und zu welchem Zeitpunkt, auf die Bürgervorschläge geantwortet wird. Dies sei dringend notwendig, um eine beidseitige Frustration, sowohl bei der Bürgerschaft als auch bei der Verwaltung, zu vermeiden. Frau Woiwode unterbreitet den Vorschlag, dass eine Danksagung für die eingebrachten Vorschläge über die Presse, als Resonanz auf die Vorschläge, erfolgen könne. Frau Strotzer betont, dass es die Aufgabe des neuen Projektteams sein wird, den zukünftigen Umgang mit den Vorschlägen den Gegebenheiten anzupassen und zu beschließen. Frau Mayer bedankt sich abschließend bei den Verwaltungsvertretern für die Beantwortung der Bürgervorschläge. So hat sie in ihrem Umfeld selbst die Erfahrung gemacht, dass der Erhalt von Verwaltungsantworten bei Empfängern positiv aufgenommen wurde.

Empfehlungen:

- Die Priorisierung im Rahmen der Bürgerversammlungen sollte übersichtlich ausgestaltet werden.
- Die Beantwortung der Bürgervorschläge muss den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden.

TOP 3.5 Sonstiges

Frau Kreuzer regt an zu überprüfen, inwiefern der BüHH durch „EFRE-Mittel“, wie z.B. in Jena, gefördert werden kann.

Herr Dr. Böttger regt an, auf Sparvorschläge zukünftig zu verzichten. Frau Woiwode entgegnet, dass diese aber wichtig für die Verwaltung sein könnten und aus ihrer Sicht daher beibehalten werden sollten.

Empfehlungen:

- Die Förderbarkeit des BüHH z.B. durch EFRE-Mittel sollte überprüft werden.

TOP 4 Neues Projektteam / Nächste Projektteamsitzung

Gegenstand der Sitzung wird die Abstimmung der Termine des BüHH 2011 sowie der neuen Beteiligungsgegenstände sein. Herr Gessner und Herr Kaminski machen darauf aufmerksam, dass sie an diesem Termin verhindert sind.

Frau Strotzer verabschiedet die Anwesenden und bedankt sich für die konstruktive Diskussion und Teilnahme am Redaktions- sowie Projektteam Bürgerhaushalt 2010.

Die konstituierende Projektteamsitzung zum Bürgerhaushalt 2011 findet am 4. März 2010 statt. Die Einladung erfolgt separat.



Sibylle Strotzer

Anlage:

- Teilnehmerliste
- Zusammenfassung der Ergebnisse der Gruppenarbeit (Karteikarten)
- Handlungsempfehlungen für das Potsdamer Bürgerhaushaltsverfahren für die Sitzung des Projektteams am 11.02.2010 der AG Bürgerhaushalt Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN